

Darlegung der Auffassung der Mehrheitsmeinung des Gemeinderates zum Bürgerentscheid am 28.06.2008

Nach § 21 Absatz 5 Gemeindeordnung erfolgt der Abdruck der Mehrheitsmeinung innerhalb der Gemeindeorgane.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
vor dem anstehenden Bürgerentscheid sehen wir Gemeinderäte uns veranlasst ihnen darzulegen, warum die deutlich überwiegende Mehrheit des Gemeinderates sich für den Beschluss ausgesprochen hat, über den sie am Sonntag entscheiden sollen.

Insbesondere ist es uns wichtig, zu der Minderheitsmeinung eines einzelnen Gemeinderates wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Auslöser für die Diskussion über die künftige Unterbringung der Verwaltung liegt im Prinzip bereits 36 Jahre zurück. Damals wurde in der Vereinbarung über den Zusammenschluss der Gemeinden Ober-, Mittel- Unterschefflenz und Kleineicholzheim festgelegt, dass ein neues Rathaus zu errichten ist. Dieses Ziel ist in all den Jahren nie aus den Augen verloren, gleichwohl immer wieder zugunsten anderer Maßnahmen zurückgestellt worden. Deshalb kann von einer „Bürgermeisteridee“ keine Rede sein, das müsste dem langjährigen Gemeinderatsmitglied Dr. Fischer ebenfalls bekannt sein.
2. Wir sind uns einig darin, dass das Ziel darin besteht, die Verwaltung an einem Ort zu konzentrieren.
3. Dieses Ziel kann nach unserer Meinung am wirtschaftlichsten dadurch erreicht werden, dass der Altbau abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wird, der den Anforderungen entspricht.
4. Wir wenden uns ausdrücklich gegen die Behauptung, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel der nächsten zwei Jahre würden ausschließlich für den Rathausneubau verbraucht. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen, würden lediglich 900.000 € an Eigenmitteln hierfür über einen Zeitraum von zwei Jahren beansprucht. Insgesamt beträgt die Rücklage aber bereits zum 1.1.2008 über 1,7 Millionen €, die ausweislich der mittelfristigen Finanzplanung von Jahr zu Jahr steigen wird.
5. Das jetzt den Zahlen zugrunde liegende Raumprogramm ist von der Gemeindeprüfungsanstalt für eine Gemeinde der gleichen Größenordnung mittels Gutachten erstellt worden. Die gleiche Gemeindeprüfungsanstalt ist dafür zuständig, die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns der Gemeinden in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Das ist zunächst ein Indiz dafür, dass dieses Programm nicht überzogen ist.
6. Die Frage, ob ein Rathaus einen Bürgersaal benötigt, stellt sich für uns alleine schon aus der Historie nicht. Bereits die in den 50er und 60er Jahren errichteten Rathäuser verfügten ganz selbstverständlich über solche Einrichtungen. Sie wurden Anfang der 90er Jahre in Mittelschefflenz jedoch aus Raumzwängen aufgegeben und zu Büroräumen umfunktioniert, selbst um den Preis, dass diese Räume für Aktivitäten der örtlichen Gemeinschaft nicht mehr zur Verfügung standen. Das macht niemand ohne Not und belegt nur noch ein weiteres Mal, wie beengt die Räumlichkeiten für die Verwaltung sind.

Alles in allem ermöglicht die angestrebte Planung unter Berücksichtigung aller Argumente die wirtschaftlichste Lösung zur Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für alle Bürger.

Daneben ergeben sich aber auch noch andere Vorteile:

Ein neues Rathaus wird sich als modernes und ortsbildprägendes Gebäude präsentieren und soll allen Bürgerinnen und Bürgern als Dienstleistungszentrum dienen. Auch das Ambiente des gesamten Rathausumfeldes wird deutlich aufgewertet, indem ein wesentlich größerer zentraler Platz unter Einbeziehung der Kirche einen würdigen Ortsmittelpunkt entstehen lässt. Die jetzt durch den Abriss des Anwesens Knecht entstandene Sichtachse soll dabei aufgewertet werden. Unsere Gemeinde wird sich nach außen hin weiter als moderne und aufgeschlossene Gemeinde präsentieren. Insoweit werden die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte in der Dorfentwicklung folgerichtig und konsequent fortgesetzt.

Wir wissen, dass für viele Bürgerinnen und Bürger die Finanzsituation der Gemeinde ebenso wie für uns ein wichtiges Thema ist. Deshalb möchten wir auch hierzu Stellung nehmen.

Schefflenz wird im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid immer wieder mit dem Landesdurchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung in Verbindung gebracht. Leider können wir uns mit Städten wie Sindelfingen nicht vergleichen, sondern müssen schauen, wo wir im strukturschwachen ländlichen Raum, wie dem Neckar-Odenwald-Kreis, liegen. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 896 € kann sich die Gemeinde im Vergleich mit den Vergleichsgemeinden sehen lassen. Liegt dort die Höchstverschuldung bei 1.645 € und die durchschnittliche Verschuldung bei 1.076 €. Hier liegen wir in der oberen Hälfte, weil wir in der Vergangenheit gut gewirtschaftet und damit auch die Rahmenbedingungen für den jetzt anstehenden Rathausneubau geschaffen haben. Dabei haben wir in den letzten Jahren ein gewaltiges Investitionsprogramm umgesetzt, das Erscheinungsbild aller Ortsteile wesentlich verbessert, das Wasser- und Kanalnetz erneuert, den Hochwasserschutz dargestellt, unsere Schulen und Kindergärten saniert, unsere Sportstätten und Gemeinschaftseinrichtungen (Schefflenzhalle, Roedderhalle) auf den neuesten Stand gebracht und dabei trotzdem den selbst gesetzten Verschuldungsrahmen nicht überschritten. So wurde innerhalb der letzten 15 Jahre ein Investitionsvolumen von 52 Mio. € mit einer Zuschussquote von 62 % umgesetzt werden. Das Anlagevermögen der Gemeinde konnte in dieser Zeit um 130 % gesteigert werden. Zurzeit werden alle Friedhöfe der Gemeinde mit einem Volumen von rund 1 Mio. €, das bereits finanziert ist, saniert. Damit haben wir einen Stand erreicht, der zumindest in diesen Bereichen keine Investitionen in der Zukunft erfordert. Hier sind die Hausaufgaben erledigt.

Durch die enorme Entwicklung, die die Gemeinde in den letzten Jahren genommen hat, haben wir uns den Ruf einer innovativen und modernen Gemeinde erworben. Dies soll auch in Zukunft so sein. Die Voraussetzungen hierfür müssen jedoch auch durch ein modernes Verwaltungszentrum mit modernen und zeitgerechten Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Das dient aber nicht in erster Linie der Außendarstellung, sondern wird jedem einzelnen Bürger die Serviceleistungen der Verwaltung noch besser, kürzer und problemloser zugänglich machen. Ein echtes Bürgerbüro, in dem alle Dienstleistungen gebündelt angeboten werden und so manchen Behördengang entbehrlich machen können, ist eben nur in einem Neubau räumlich darzustellen.

Der Neubau wird die Gemeinde letztlich höchstens rund 900.000 € an Eigenmitteln kosten. Bereits jetzt beträgt die Rücklage mehr als 1,7 Mio. € und sie wird nach der mittelfristigen Finanzplanung von Jahr zu Jahr weiter zunehmen. Damit wird deutlich, dass für weitere Investitionsvorhaben Eigenmittel in nicht unbeträchtlicher Höhe zur Verfügung stehen. Dies war in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall. Aber selbst dort ist es gelungen, Jahr für

Jahr erhebliche Fortschritte zu erzielen. Auch wird deutlich, dass der Rathausbau die Finanzmittel, die für die Sanierung des Freibades erforderlich sind, nicht verbraucht. Nur gilt es, auch für dieses Vorhaben die beste Förderung zu erzielen, so wie es für den Rathausneubau gelungen ist. Die Fördermittel, die jetzt für das Rathaus zur Verfügung stehen, sind nun einmal zweckgebunden und können nicht für das Freibad eingesetzt werden. Deshalb sind Ge-meinderat, Bürgermeister und Förderverein im ständigen Dialog mit dem Ziel, eine möglichst kurzfristige Lösung zu finden. Dabei sind sich alle Beteiligten einig in der Einschätzung, dass nicht alles gleichzeitig möglich ist. Auch für das Freibad gilt: zuerst eine stimmige und ausgereifte Planung und eine gesicherte Finanzierung bevor durch „Schnellschüsse“ zwar kurzfristige Erfolge aber keine dauerhaften Lösungen erzielt werden.

Wir wurden von Ihnen gewählt und mit dem Auftrag versehen, für die Gemeinde sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Wir haben uns aus den dargestellten Gründen für den Abriss und Neubau des Rathauses entschieden. Mit einem „NEIN“ beim Bürgerentscheid ermöglichen Sie die Schaffung der aus unserer Sicht einzig sinnvollen und zukunftsorientierten Rahmenbedingungen für eine moderne und bürgerorientierte Gemeinde.

**Deshalb am 22. Juni:
„NEIN“ beim Bürgerentscheid!**

Ihre Gemeinderäte

Josef Adler
Rüdiger Eberle
Hornung
Walter Gramlich
Hermann Rüger

Peter Apiarius
Karl Eller

Mike Krauth
Hardy Schwalb

Michael Böhm
Friedhelm Elsen

Edgar Kunzmann

Jürgen Bürklen
Dominik

Dieter Laaber